

Kürzt die Arbeitszeit und nicht die Löhne!

Wir unterstützen die Arbeitskampfmaßnahmen der Beschäftigten des UKE und des LBK

Viele ver.di Mitglieder arbeiten aktiv in der neuen LINKEN mit. (WASG und Linkspartei.PDS) Wir tun dies, weil die Rechte der Arbeitnehmerinnen erneut von der jetzt großen Koalition aus SPD/CDU/CSU bedroht werden, der Kündigungsschutz für Neueingestellte soll abgeschafft werden! Der Vorsitzende der Hamburger SPD hat Recht, wenn er in der Welt vom 14.11.05 befürchtet: Man wird uns (die SPD) Lügner nennen.

Die Beschäftigten der Hamburger Krankenhäuser sind gut beraten, gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ver.di Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub zu leisten. Es ist höchste Zeit, die Spaltung zwischen Neubeschäftigten, die zu weit schlechteren Bedingungen eingestellt werden, und den Altbeschäftigten zu beenden

Nur durch unser eigenes gemeinsames Handeln werden die Krankenhausarbeitgeber zum Einlenken zu bewegen sein. Das Beispiel der Beschäftigten aus den Unikliniken Baden-Württembergs beweist dies.

Arbeitszeitverlängerung führt auch in den Krankenhäusern zu weiterem Stellenabbau, Verkürzungen der Arbeitszeit wären stattdessen notwendig, um die Arbeit gerechter zu verteilen, die Arbeitslosigkeit zu verringern und jungen Menschen die Chance zum Berufseinstieg zu geben.

Einkommenserhöhungen sind notwendig, weil auch Krankenschwestern und -pfleger erhöhte Mieten, Heizkosten, Urlaub u.ä. zu bezahlen haben. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung der

großen Koalition wird erneut die Kaufkraft aller abhängig Beschäftigten schmälern.

Krankenhäuser sind längst Wirtschaftsunternehmen. Große Klinikketten wie Asklepios haben als zentrales Unternehmensziel die Rendite für ihre Anteilseigner zu gewährleisten. Jede Lohnkürzung, jede Arbeitszeitverlängerung erhöht die Gewinne der privaten Klinikbetreiber!

Der Hamburger CDU-Senat hat diese Entwicklung aktiv befördert, den LBK verscherbelt und Gesundheit zur Ware gemacht. Das war eine Kampfansage gegenüber der HHer Bevölkerung und den Kolleginnen in den Krankenhäusern.

Die Auswirkungen, die sich jetzt sowohl gegen Beschäftigte in den Hamburger Krankenhäusern als letztlich auch gegen die Patienten richten, sind die Folge bewusster politischer Entscheidungen. Vom Krankenhausfinanzierungsgesetz der SPD/FDP-Koalition im Jahre 1972 bis zum Verkauf des LKB durch den CDU-Senat.

Weil falsche politische und wirtschaftliche Entscheidungen zu Lasten der abhängig Beschäftigten aber auch wieder rückgängig gemacht werden können lohnt es sich zu kämpfen.

Wer kämpft, kann gewinnen.

Die Linkspartei.PDS und die WASG-Hamburg stehen in dieser Auseinandersetzung solidarisch an der Seite der Beschäftigten des LBK und des UKE.

November 2005

Kontakt über:

Olga Fritzsche Tel. 421028278 (Linkspartei.PDS) , Regine Brüggemann Tel. 29820960 (WASG)
